

Breslauer

Mittagblatt.

Sonnabend den 24. Januar 1857.

Zeitung.

Nr. 40.

Telegraphische Depeschen der Breslauer Zeitung.

Paris, 23. Januar. Der schweizerische Ständerat Dr. Kern ist hier eingetroffen. — Der kaiserliche Hof hat wegen Ablebens der Herzogin Henriette von Württemberg eine viertägige Trauer angelegt.

Wien, 23. Januar. Auf außerordentlichem Wege hier eingetroffene Nachrichten aus Konstantinopel vom 20. d. M. melden, daß die Schluss-Konferenzen zur Redaktion des Einvernehmungsfirman für den Divan der Donauprätenten stattgefunden hätten. Die früheren fünf Kategorien sollen beibehalten werden und ist die frühere Autonomie der Fürstentümmer gewährleistet.

Die Einnahme Bender-Buschirs wäre nach hier eingegangenen Nachrichten ohne starken Widerstand erfolgt.

Paris, 23. Januar, Nachm. 3 Uhr. Die Börse war heute fast geschäftsfrei. Die 3pGt. begann mit 68, 10, wuchs auf 68 und schloß unbelastet und träge zur Notiz. Consols von Mittags 12 Uhr und von Mittags 1 Uhr waren gleichlautend 93% eingetroffen. Schluss-Course:

3pGt. Rente 68, 05. 4½pGt. Rente 94. — Credit-Mobilier-Aktien coup. d'ét. 1405. 3pGt. Spanier 37%. 1pGt. Spanier. — Silber-Anleihe 88. Österreich. Staats-Eisenbahn-Aktien 767. Lombard. Eisenbahn-Aktien 655.

London, 23. Januar, Nachm. 1 Uhr. Consols 93%.

London, 23. Januar, Mittags 12½ Uhr. Fonds günstiger, loope höher, lebhaft.

Silber-Anleihe 90. 5pGt. Metalliques 82%. 4½pGt. Metalliques 72. Bank-Aktien 1024. Bank-Intér.-Scheine. — Nordbahn 233%. 1854er Loos 109. National-Anl. 84%. Staats-Eisenbahn-Aktien 243. Credit-Aktien 292. London 10, 17. Hamburg 78%. Paris 123. Gold 9. Silber 5%. Elizabetbahn 100%. Lombardische Eisenbahn 120%. Theißbahn 100%. Centralbahn.

Frankfurt a. M., 23. Januar, Nachmittags 2 Uhr. Ziernlich fest bei lebhaftem Umfange. Schluss-Course:

Wiener Wechsel 112%. 5pGt. Metalliques 77%. 4½pGt. Metalliques 68%. 1854er Loos 101%. Österreich. National-Anleihe 79%. Österreich. Französisch. Staats-Eisenbahn-Aktien 273%. Österreich. Bank-Anteile 1150. Österreich. Credit-Aktien 180. Österreich. Elizabetbahn 198. Rhein-Nahe. Bahn 92%.

Hamburg, 23. Januar, Nachm. 2½ Uhr. Bankaktien fest. Schluss-Course:

Österreich. Loos —. Österreich. Credit-Aktien 148. Österreichische Eisenbahn-Aktien —. Vereinsbank 100%. Norddeutsche Bank 97%. Wien 80%.

Hamburg, 23. Januar. [Getreidemarkt] Beizen für feinere Sorten loco eher Abnehmer, als Verkäufer; pr. Frühjahr leichter zu haben. Roggen loco unverändert; pr. Frühjahr angeboten. Get. loco 31, pr. Frühjahr 31½, pr. Herbst 29%. Kaffee, fest aber rubig. Zint 2000 Gr. loco 17%, pr. Herbst 17½.

Telegraphische Nachrichten.

Paris, 23. Januar. Der heutige „Moniteur“ enthält einen Artikel, in welchem es unter Anderem heißt: „Die Schweiz hat, indem sie die Gefangenen in Freiheit gesetzt, einen ehrenhaften Akt vollzogen. Frankreich, welches auf confidentielle Weise die vorsichtigen Absichten des Königs von Preußen kennen gelernt, gab der Schweiz von deren Tragweite Kenntnis. Wenn die Schweiz die Freilassung der Gefangenen verweigerte, so konnte Frankreich die Anwendung der Waffengewalt nicht abwenden. Da die Schweiz die bedingungslose Freilassung der Gefangenen bewirkt, so hält sich Frankreich verpflichtet, auf eine zufriedenstellende Lösung hinzuwirken (reclamer). Die Schweiz kann jetzt entwaffnen. Preußen hat angezeigt, daß es zur Unterhandlung bereit sei. Man darf daher hoffen, daß ein den Interessen und der Würde beider Theile entsprechendes Arrangement zu Stande kommen wird.“

Triest, 22. Jan. Der fällige Dampfer aus der Levante ist eingetroffen und bringt Nachrichten aus Konstantinopel bis zum 16. d. M. Nach denselben war die englische Flotte vor Bender-Buschir angelangt, und hatten die Engländer diesen Hafen des persischen Golfs so wie die Insel Karrak besetzt.

London, 22. Januar. Die hiesige Abendausgabe des „Globe“ macht die vom „Herald“ gebrachte Combination Palmerston's mit den Peeliten rein lächerlich. (Der „Morning-Herald“) teilt eine Combination des Ministeriums Palmerston mit den Peeliten mit. Danach werde Sir Charles Wood in der Admiraltät durch den Lord Staats-Sekretär des Innern Grey ersehen werden, Lord Graham aber an Grey's Stelle treten; Gladstone würde Schatzkanzler werden und Robert Peel abdanken.) — Der Admiral Dundas hat mit seinem Geschwader am 15. d. M. Lissabon verlassen.

Kopenhagen, 22. Januar. Das heutige „Fædrelandet“ teilt mit, daß in festiger Staatskräftigung, die Antwort auf die preußischen und österreichischen Noten angenommen sein soll. Dieselbe soll in der Verfassungsfrage auf der bisherigen Politik beharren und eine ausführliche energische Vertheidigung des Verkaufs der Domänen enthalten.

Preußen.

Berlin, 23. Januar. [Amtliches.] Se. Majestät der König haben allernächst geruht: Dem Mitglied des Instituts von Frankreich, Geschichtsmaler Robert Fleury zu Paris; so wie, in Folge der stattgehabten Wahl, dem kaiserlich österreichischen Sektionsrat und Präsidenten der geognostischen Reichsanstalt zu Wien, Haiderger, den Orden pour le mérite für Wissenschaft und Künste zu verleihen; und nach Abgang des bisherigen Konsuls Salvago in Syra den dortigen Kaufmann C. Klöbe zum Konsul derselbst zu ernennen. — Se. Majestät der König haben allernächst geruht: dem ersten diensthürenden Kammerherrn Ihrer Majestät der Königin, Oberst-Lieutenant a. D. Grafen Fink von Finkenstein, die Erlaubniß zur Anlegung des von des Königs der Niederlande Majestät ihm verliehenen Commandeur-Kreuzes vom großherzoglich luxemburgischen Orden zu Berlin zur Anlegung des von des Herzogs von Braunschweig Hoheit ihm verliehenen Ritterkreuzes vom Orden Heinrichs des Löwen zu erhalten.

Dem Steindrucker N. Tieß zu Berlin ist unter dem 22. Januar 1857 ein Patent auf einen Schwarz-Apparat für Steindrucker, in der durch Monatung bekannter Theile zu beschränken, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preußischen Staates ertheilt.

Berlin, 22. Januar. [Aus dem Abgeordnetenhaus.] Nach den Gesetzen vom 20. Mai 1854 und 7. Mai 1856, betreffend die Bewilligung und Verlängerung eines Kredits von 30 Mil-



Zeitung.

Nr. 40.

ionen zu den außerordentlichen Geldbedürfnissen der Militär-Verwaltung soll dem Landtag sofort bei dessen nächstem Zusammentreten über die Ausführung dieser Gesetze Rechenschaft gegeben werden. Eine Interpellation des Abgeordneten v. Patow, durch 37 Unterschriften unterstützt, richtet die Anfrage an das königl. Staats-Ministerium, wie es zusammenhänge, daß dies noch nicht geschehen sei, und wenn es zu gewärtigen sei?

Der Bericht der Kommission für Handel und Gewerbe empfiehlt die Genehmigung des von Preußen Namens aller Zollvereinstaaten mit der orientalischen Republik des Uruguay am 23. Juni 1856 abgeschlossenen Handels- und Schiffsvertrages, welcher zwischen den kontrahirenden Staaten gegenseitige Freiheit des Handels und der Schifffahrt, Sicherung der persönlichen und Eigentumsrechte der beiderseitigen Angehörigen, die Feier des Gottesdienstes und Ausübung des kirchlichen Ritus auf dem Fuße der meistbegünstigten Nation stipulirt. In der Denkschrift, welche den Vertrag motivirt, wird hervorgehoben, daß unter den Staaten im Stromgebiete des Plata der Freistaat des Uruguay mit dem wichtigsten Hafenplatz Montevideo derjenige sei, mit welchem im kommerziellen Interesse zuerst vertragsmäßige Beziehungen anzuknüpfen gewesen seien, theils wegen seines eignen Bedarfs an Erzeugnissen der Zollvereinstaaten, theils weil er einen Durchgangspunkt für die Ausfuhr und Beziehungen nach und von den übrigen Plata-Staaten und den südlichen Theil Brasiliens bilde. Das diesseitige Importgeschäft werde vorzugsweise von deutschen Häufern vermittel, deren Mehrzahl in Buenos-Ayres und Montevideo Etablissements besitze. Die Zahl der in der orientalischen Republik lebenden Deutschen wird auf 1000 bis 1500 angegeben.

Das Gesetz über das unerlaubte Kreditgeben an Minderjährige ist von der Justiz-Kommission mit einigen Abänderungen, zu denen die Regierung ihre Zustimmung erklärt hat, mit 8 gegen 3 Stimmen angenommen worden, und lautet in seiner gegenwärtigen Fassung dahin:

§ 1. Wer in gewünschter Absicht und unter Benutzung des Leichtsinns oder der Unerschaffenheit eines Minderjährigen sich von denselben Schuldscheine, Wechsel, Empfangs-Eckentnisse, Bürgschaftsinstrumenten oder andere eine Verpflichtung enthaltende Urkunden ausstellen, oder auch nur mündlich ein Zahlungsversprechen ertheilen läßt, soll mit Gefängnis bis zu einem Jahr und zugleich mit Geldbuße bis zu 1000 Thlr. bestraft werden. Es kann auch auf zeitige Untersagung der Ehrenrechte außerdem erkannt werden.

§ 2. Wer sich von einem Minderjährigen unter Verpfändung der Ehre die Zahlung einer Geldsumme oder die Erfüllung einer andern auf Gewährung geldwerten Sachen gerichteten Verpflichtung aus einem Rechtsvertrage versprechen läßt, oder wer eine Forderung, von welcher er weiß, daß deren Verrichtung ein Minderjähriger gegen Verpfändung der Ehre oder Geldbuße hat, sich erden läßt, hat Gefängnisstrafe bis zu einem Jahre oder Geldbuße bis 1000 Thlr. verirkt. Auch kann auf zeitige Untersagung der Ehrenrechte erkannt werden.

§ 3. Von der nach §§ 1 und 2 eintretenden Strafe befreit nicht der Einwand, daß die Minderjährige unbekannt gewesen sei, oder der Minderjährige sich für volljährig ausgegeben habe, wohl aber der Nachweis solcher Umstände, unter welchen der Minderjährige als Großjähriger betrachtet werden könnte.

§ 4. Auf Geschäfte mit solchen Minderjährigen, welche nicht mehr unter väterlicher Gewalt oder unter Vormundschaft stehen, findet das Gesetz keine Anwendung.

Im Wesentlichen schließt der Entwurf sich dem Artikel 406 des Code pénal an, nur daß dieser den Fall des § 2 nicht besonders hervorhebt, um eine Strafe von 2 Monaten bis 2 Jahren Gefängnis und gleichzeitige Geldbuße bis zum vierfachen Betrage des gesuchten Gewinnes verhängt.

Ein von dem Finanz-Minister eingebrachter Gesetz-Entwurf, betreffend die Revision der Aktien- und ähnlichen Gesellschaften im Stempel-Interesse enthält eine wichtige Ergänzung der Stempelsteuer-Gesetzgebung. Der § 34 des Stempelgesetzes vom 7. März 1822 verpflichtet nämlich „alle Behörden und Beamten“, den Stempelskalen bei den vorzunehmenden Stempelstationen die Einsicht ihrer stempelpflichtigen Verhandlungen zu gestatten, und bestreitet die Fiscale, zwar auch „Privatpersonen“ zum Ausweise über die gehörige Beobachtung der Stempelgesetze aufzufordern, jedoch nur dann „wenn erhebliche Gründe vorhanden sind, diese Beobachtung zu bezwecken“, legt ihnen auch für den Fall der Weigerung nur die Befugnis bei: „den Beistand der Gerichte nachzufragen, welchen es verlassen bleibe, zu prüfen, wie weit die Verdachtsgründe die verlangte Nachweisung rechtfertigen, oder eine formliche Untersuchung begründen.“ Der Entwurf dehnt nun die für „Behörden und Beamten“ getroffene Bestimmung auf alle Aktien-Gesellschaften, welche ganz oder theilweise auf einen Handels- oder Gewerbebetrieb irgend welcher Art gerichtet sind, ingleichen auch alle zu einem gewerblichen Zwecke gebildete Gesellschaften, deren Grundkapital in Aktien oder ähnlichen Anteilen ganz oder theilweise zerlegt ist“ aus. In den Motiven wird diese Gleichstellung der Gesellschaften mit den Behörden deshalb als gerecht fertigt erklärt, „weil sich ihnen gegenüber keine Veranlassung zu der Rücksichtnahme finde, nicht ohne genügenden Anlaß, nicht ohne erhebliche Gründe zum Zweifel an der gehörigen Beobachtung der Stempelgesetze die Privat-Skripturen der Einsicht der Stempelskalen zu unterwerfen. Denn sowie den Vorständen dieser Gesellschaften gekrönt sind, zum Theil rechtskundige Männer zugesellt seien, und dieselben auch die wichtigen Geschäfte, Lieferungsverträge und dergl. wie die öffentlichen Behörden, nicht in gerichtlicher oder notarieller Form abzuschließen pflegen, so stimme auch die Art ihrer Geschäftsführung mit der bei den Behörden überein, und es bedingen theils die große Zahl der Theilnehmer, theils die Bestimmungen der Statuten selbst die Veröffentlichung der Geschäftsführung in einem Grade, wie dies bei einzelnen Privatpersonen nicht entfernt der Fall sei.“ Diese Parallele hält der Entwurf auch bei der Strafe fest; er behandelt die Vorstände und Beauftragte der Gesellschaft gleich den öffentlichen Beamten, und legt ihnen deshalb bei Nichtanwendung des vorschriftsmäßigen Stem-

pels zu geschlossenen Verträgen eine dem einfachen Betrage des nicht verwendeten Stempels gleichkommende, im administrativen Wege zu verhängende, Geldbuße, jedoch höchstens im Betrage von 50 Thlr. auf, während die bei dem Vertrage beteiligte Privatperson, desgleichen jeder andere Besitzer oder Producent der Verhandlung mit Strafe verschont bleibt, wovon jedoch die Fälle eine Ausnahme bilden, in denen erheilt, daß wider besseres Wissen die Verwendung des gesetzlichen Stempels unterblieben ist. In diesen tritt ohne Unterschied die ordentliche Stempelstrafe und das hierfür vorgeschriebene Verfahren ein.

Auf die bekannte Streitfrage, ob die Inhaber der gutsherrlichen Polizeigewalt zur Übernahme der Polizei-Anwaltschaft berechtigt und verpflichtet sind, bezieht sich eine von dem Rittergutsbesitzer Grafen v. Schweinitz-Dieban und Genossen eingereichte Petition, welche der Kommission für Gemeinde-Angelegenheiten überwiesen ist.

Berlin, 23. Januar. Der General-Major und Kommandeur der 11. Infanterie-Brigade, v. Hann, hat sich auf einige Tage nach der Laufzeit begeben. — Der Korvetten-Kapitän Jachmann, welcher durch allerhöchste Kabinets-Ordre mit Wahrnehmung der Stelle als Direktor der 2. Abteilung in der königl. Admiralität betraut worden, ist von Danzig zum Antritt dieser Stellung hier eingetroffen. — Der Oberst-Lieutenant und Chef der 2. Abteilung im großen Generalstab, v. Kirchbach, hat sich heute auf einige Tage nach Magdeburg und Umgegend auf Urlaub begeben. — Die großherzoglich hessisch-darmstädtische Regierung hat, wie die „Zeit“ meldet, ihren Widerspruch gegen einzelne Bestimmungen des zwischen Bevollmächtigten der verschiedenen deutschen Münz-Systeme vereinbarten allgemeinen deutschen Münz-Vertrages fallen lassen. Man sieht daher in den nächsten Tagen der definitiven Annahme und Unterzeichnung des Vertrages und dem Schluß der Münz-Konferenz in Wien entgegen. — Die Meistbeteiligten der preußischen Bank sind auf den 28. Februar zur General-Versammlung eingeladen.

Nach einer Mitteilung der „Leipz. Zeit.“ aus Frankfurt a. M. ist jetzt das Uebereinkommen getroffen, daß die in Nürnberg versammelte Kommission für Berathung eines Entwurfes zu einem allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuche auch mit dem Auftrage zu betrauen sei, die bezüglich verschiedener Bestimmungen der allgemeinen deutschen Wechsel-Ordnung bestehenden Kontroversen zu lösen.

Nach einer Mitteilung der „Leipz. Zeit.“ aus Frankfurt a. M. ist jetzt das Uebereinkommen getroffen, daß die in Nürnberg versammelte Kommission für Berathung eines Entwurfes zu einem allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuche auch mit dem Auftrage zu betrauen sei, die bezüglich verschiedener Bestimmungen der allgemeinen deutschen Wechsel-Ordnung bestehenden Kontroversen zu lösen.

Nach einer Mitteilung der „Leipz. Zeit.“ aus Frankfurt a. M. ist jetzt das Uebereinkommen getroffen, daß die in Nürnberg versammelte Kommission für Berathung eines Entwurfes zu einem allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuche auch mit dem Auftrage zu betrauen sei, die bezüglich verschiedener Bestimmungen der allgemeinen deutschen Wechsel-Ordnung bestehenden Kontroversen zu lösen.

B. B. ist in der Lage zu berichten, daß die Sundzoll-Angelegenheit sich ungeachtet der im Laufe dieses Monats stattgehabten Wiederaufnahme der Konferenzen sich noch genau in demjenigen Stadium befindet, in welchem die Berathungen im Laufe des November v. J. unterbrochen wurden. Es ist durch die bisherigen Verhandlungen nichts erzielt als eine Verständigung der großen, bei der Frage interessierenden Mächte über die Ablösung als Prinzip, von kleineren Staaten, ohne deren Abschluß übrigens ein allseitiges Uebereinkommen nicht zu läßig sein würde, ist selbst insoweit noch kein Zugeständnis gemacht worden. So hat namentlich Mecklenburg sich noch zu keiner Ablösung des Sundzolles bereit erklärt, da die mecklenburgischen Verfassungs-Verhältnisse der Regierung nicht gestatten, sich vor Erlangung der ständischen Zustimmung zu irgend welcher Geldleistung zu verpflichten; und unter den größeren Regierungen sind hinsichtlich der Modalitäten der Ablösung des Zolles gerade noch eben so viele Differenzen vorhanden, wie damals, als Russland, Schweden und Oldenburg sich mit Vorbehalt allseitiger Zustimmung für ein Arrangement entschieden.

B. B. ist in der Lage zu berichten, daß die Sundzoll-Angelegenheit sich ungeachtet der im Laufe dieses Monats stattgehabten Wiederaufnahme der Konferenzen sich noch genau in demjenigen Stadium befindet, in welchem die Berathungen im Laufe des November v. J. unterbrochen wurden. Es ist durch die bisherigen Verhandlungen nichts erzielt als eine Verständigung der großen, bei der Frage interessierenden Mächte über die Ablösung als Prinzip, von kleineren Staaten, ohne deren Abschluß übrigens ein allseitiges Uebereinkommen nicht zu läßig sein würde, ist selbst insoweit noch kein Zugeständnis gemacht worden. So hat namentlich Mecklenburg sich noch zu keiner Ablösung des Sundzolles bereit erklärt, da die mecklenburgischen Verfassungs-Verhältnisse der Regierung nicht gestatten, sich vor Erlangung der ständischen Zustimmung zu irgend welcher Geldleistung zu verpflichten; und unter den größeren Regierungen sind hinsichtlich der Modalitäten der Ablösung des Zolles gerade noch eben so viele Differenzen vorhanden, wie damals, als Russland, Schweden und Oldenburg sich mit Vorbehalt allseitiger Zustimmung für ein Arrangement entschieden.

B. B. ist in der Lage zu berichten, daß die Sundzoll-Angelegenheit sich ungeachtet der im Laufe dieses Monats stattgehabten Wiederaufnahme der Konferenzen sich noch genau in demjenigen Stadium befindet, in welchem die Berathungen im Laufe des November v. J. unterbrochen wurden. Es ist durch die bisherigen Verhandlungen nichts erzielt als eine Verständigung der großen, bei der Frage interessierenden Mächte über die Ablösung als Prinzip, von kleineren Staaten, ohne deren Abschluß übrigens ein allseitiges Uebereinkommen nicht zu läßig sein würde, ist selbst insoweit noch kein Zugeständnis gemacht worden. So hat namentlich Mecklenburg sich noch zu keiner Ablösung des Sundzolles bereit erklärt, da die mecklenburgischen Verfassungs-Verhältnisse der Regierung nicht gestatten, sich vor Erlangung der ständischen Zustimmung zu irgend welcher Geldleistung zu verpflichten; und unter den größeren Regierungen sind hinsichtlich der Modalitäten der Ablösung des Zolles gerade noch eben so viele Differenzen vorhanden, wie damals, als Russland, Schweden und Oldenburg sich mit Vorbehalt allseitiger Zustimmung für ein Arrangement entschieden.

Provinzial - Zeitung.

hen. Ursprünglich nur auf 14000 Thlr. jährlich festgestellt, hatte sich derselbe bereits im abgelaufenen Verwaltungsjahre auf mehr als 15000 Thlr. erweitert und ist bei den stets sich steigernden Bedürfnissen der Stadtkommune ein ferneres Ueberschreiten einzelner Etatspositionen zu gewärtigen. — Unsere öffentliche Straßenbeleuchtung hat auch in diesem Jahre wieder einen Zuwachs von 5 großen Laternen für Rechnung der Kommune gewonnen, so daß jetzt neben den Hauptstraßen und Plätzen auch die meisten der frequenteren Seitengassen Nachts angemessen beleuchtet sind. Die von der Kommune hierbei aufgewendeten Kosten, verbunden mit dem anderen Kostenaufwand, welchen die Beleuchtung der weitläufigen Bahnhofstümme, der Postanstalt, des Kreis- und Schwurgerichts, des Hauptsteueramts, wie der andern öffentlichen und Privat-Institute verursacht, sichern vollkommen die Kapitalzinsen des Unternehmens, die hiesige Stadt mit einer Gasanstalt zu versorgen. Wie wir vernahmen, sind zu diesem Zwecke bereits den Kommunalbehörden Offeren gemacht worden, so daß wir vielleicht schon in naher Zukunft eine solche Anstalt hier werden ins Leben treten sehen. — Endlich hat der hiesige Magistrat für die Wiederbesetzung der seit längerer Zeit erledigten Stelle eines Stadtmüll-Direktors Entscheidung getroffen. Unter den zahlreichen Bewerbern fiel die Wahl auf den Mußt-Diregenten Eberle zu Grossen, der bereits hieron in Kenntnis gestellt und aufgefordert worden ist, mit seiner Kapelle unverzüglich in seine hiesigen Funktionen zu treten. — Seit Neujahr hat der lebhafte Personen- und Güterverkehr auf der posen-breslauer Bahn sich merklich vermindert, so daß die täglichen Extraträgerzüge bis auf Weiteres eingestellt wurden. Über die von Posen nach Breslau laut dem Fahrplane bestehenden Personenzüge lassen sich seitens des verkehrenden Publicums mancherlei Beschwerden vernehmen, indem diese Züge in keiner Weise der Bequemlichkeit entsprechen. Es bleibt daher sehr wünschenswert, daß neben denselben recht bald von hier aus auch noch ein Lokalzug nach Breslau eingerichtet werde. Ebenso wird noch immer die Ausgabe von Tagesscheinen zwischen hier und Ratibor vermehrt, was die lebhaften Verkehrsziehungen zwischen beiden Orten vielfach benachtheilt. Die durch mehrere, wenn ich nicht irre, Berliner Zeitungen verbreitete Nachricht, daß höhere Anordnungen zufolge der Ausbau der Lissa-glogauer Zweigbahn der Art beschleunigt werden soll, daß deren Eröffnung schon zum 1. Juli d. J. ermöglicht wird, kann ich aus bester Quelle als irrig bezeichnen, indem der Grundriß und der ihm erläuternde Bericht zu dem glogauer Interims-Bahnhof erst in den jüngsten Tagen nach Berlin abgegangen ist, folglich noch nicht einmal die Vorarbeiten bis zu dem Grade abgeschlossen sind, daß mit Sicherheit bestimmt werden kann, wohin dieser Bahnhof zu liegen kommen und welche Dimensionen er gewinnen soll.

Frauenreich.

Paris. 21. Januar. Dr. Kern wird morgen früh wieder in Paris eintreffen und zwar mit dem Titel eines „außerordentlichen Abgesandten“. Wie ich höre, werden sich die Herren Barmann und Kern durch Vermittelung des Grafen Walewski mit dem hiesigen preußischen Gesandten in Verbindung setzen, um die vorläufigen Unterhandlungen in Betreff der Konferenzen zu Ende zu führen. Wie man hier versichert, wünscht das Berliner Kabinett die Konferenzen in Frankfurt abgehalten zu sehen, wogegen die Schweiz London vorziehen würde. Was Herrn Kern anbetrifft, so heißt es, dasselbe werde hier eine etwas kühtere Aufnahme als früher finden, indem man an höchster Stelle der Ansicht sei, daß die Indiskretion dieses nicht hinreichend geschulten Diplomaten die gebührenden Schranken überschritten habe, obwohl seine Aufschlüsse ohne seine Schuld noch über die Kommission der Bundesversammlung hinaus drangen. — Heute hatten der päpstliche Nuntius und der Bischof von Tripoli, Coadjutor der pariser Diözese, (bekanntlich der Neffe des ermordeten Erzbischofs) eine Audienz beim Kaiser, um die Begnadigung Berger's nachzuholen. Es werden überhaupt seit gestern viele Stimmen laut, welche die Verücktheit Berger's als unzweifelhaft darstellen und deshalb seine Begnadigung verlangen; der Justizminister hat allein im Laufe des gestrigen Tages 222 Zuschriften in dieser Beziehung von den verschiedensten Seiten erhalten. Man versichert, daß in Folge des Schrittes der oben genannten hohen geistlichen Würdenträger der Kaiser nicht mehr abgeneigt sei, eine Strafumwandlung zu gewähren, daß indessen die Minister und namentlich der Polizei-Präfekt einen solchen Gnadenakt als höchst unpolitisch und gefährlich darstellen. Die Entscheidung ist also abzuwarten. — Es ist heute beinahe gewiß, daß der Prozeß gegen die „Presse“ auf Befehl des Kaisers niedergeschlagen wird. — Heute wurden die meisten englischen Blätter nicht ausgegeben, weil sie einen Brief Pedro Rollin's über die Beteiligung bei den nächsten Wahlen enthielten.

Osmannisches Reich.

P. C. Wie uns aus Cairo berichtet wird, ist die zur Aufführung der Quellen des weissen Nil ausgerüstete sogenannte internationale Expedition nahe daran, noch vor ihrem eigentlichen Beginn zu scheitern. Der Führer derselben, ein Franzose Namens Escayrac, hat das Vertrauen, welches die Mitglieder der wissenschaftlichen Kommission in ihn setzten, vollständig getäuscht. Derselbe strebte vor allem danach, seine Reisegefährten in eine durchaus abhängige Stellung zu bringen. Er überredete sie zu diesem Zweck, türkische Kleidung und Gebräuche anzunehmen, während er sich selbst mit dem Titel eines Bey schmückte und dadurch namentlich auch in den Augen der vom Gouvernement ihm beigegebenen bewaffneten Macht sich als den gebietenden Chef, seine Begleiter aber als ihm Untergebene hinstellte. Escayrac ging unter offensichtlicher Verhöhnung der von dem Urheber der Expedition Herrn von Lefèvre gegebenen Instruktionen in seiner Anmaßung so weit, daß er ein militärisches Disziplinar-Reglement aufstellte, dem sich die übrigen Mitglieder der Kommission ohne Weiteres unterwerfen sollten. Letztere reichten bei ihren resp. General-Konsuln eine gemeinschaftlich unterzeichnete Deklaration ein, worin sie gegen solches Verfahren mit Entschiedenheit protestierten. In Folge dessen wurde aus Befehl des Prinzen Ismail Pascha, welcher den nach Ober-Egypten gegangenen Vizekönig vertritt, dem Escayrac sein Kommando genommen. Dieser nutzte indessen die Abwesenheit des französischen General-Konsuls zu dem Einwande, er habe seinen Posten unmittelbar vom Vizekönig erhalten und werde auf keines Andern Befehl derselben verlassen. Das Gouvernement ist nicht weiter eingeschritten, so daß Escayrac sich noch immer im fälschlichen Besitz der Gewalt befindet. In welcher Weise er von derselben Gebrauch macht, zeigt u. A. der Fall, daß er ein Kommissionsmitglied, den k. österreichischen Offizier von Boleslawski, der bei ihm Beschwerde zu führen hatte, durch seine Kavassen gewaltsam entfernen ließ. Andern Tags wurden die Kavassen von regierungswegen entwaffnet.

Afien.

Nach einer in Paris angelangten Depesche aus Bagdad war dort am 22. Dezember die englische Kriegserklärung angeschlagen worden. Das englische Expeditions-Corps, 40 Transport-Schiffe und 2 Dampfer stark, war derselben Depesche zufolge vor Bushir angekommen, welche Stadt nicht im Stande schien, Widerstand zu leisten (vgl. telegraphische Depeschen). — Das „Pays“ meldet aus Persien, daß der französische Gesandtschafts-Sekretär in Teheran am 8. Dezember vom Schah in feierlicher Audienz empfangen wurde. Dieselbe Korrespondenz widerlegt in der formellsten Weise die vielfach umlaufenden Nachrichten über Murad-Mirza; dieser denke nicht nur nicht daran, den Schah zu entthronen, sondern er sei der treueste und ergebenste Diener seines Herrn. Das Gerücht von einer Revolte in der persischen Armee sei gänzlich falsch. Der Schah fürchte nichts für seine Krone und sei nie in einer besseren Lage gewesen.

Commandit-Antheile, dessauer und meininger Creditaktien hervorzuheben, dagegen sind weimarische Bankaktien im Preise gewichen. Dessauer Continental-Gasaktien wurden à 110% Anfangs etwas, bis 111% bezahlt. Neustädter Hüttenaktien, selbst zu bedeutend herabgesetzter Notiz, unverkäuflich. Magdeburger Feuer-Versicherungsaktien blieben billiger offerirt, Kaufordres fehlten.

Berliner Börse vom 23. Januar 1857.

Fonds- und Bond-Course.	Ludwigs.-Bexbacher
Frei. Staats-Anl. 4½ 99½ bz.	4 145½ B.
Staats-Anl. v. 50/52 4½ 99½ bz.	4 202 bz.
dito 1853 4 95 B.	4 48½ etw. u. 48 bz.
dito 1854 4½ 99½ bz.	4 Mainz-Ludwigshafen.
dito 1855 4½ 99½ bz.	4 Mecklenburger . . . 4 56½ bz.
dito 1856 4½ 99½ bz.	4 Münster-Hammer . . . 4 92½ B.
Staats-Schuld-Sch. 3½ 86 bz.	4 Neustadt-Weissenb. 4 11½ B.
Seehd.-Frän.-Sch. . . .	4 Niederschlesische 4 91½ G.
Präm.-Anl. von 1855 3½ 117½ à 116½ bz.	4 dito Pr. Ser. I. II. 4 91½ G.
Berliner Stadt-Obl. 4 99½ bz., 3½ % —	4 dito Pr. Ser. III. 4 91½ G.
Kur. u. Nennmark. 3½ 88 G.	4 dito Pr. Ser. IV. 4 102½ G.
Pommersche 4 98 bz.	4 Niederschl. Zweibr. 4 90½ G.
dito 3½ 85 G.	4 Nord. (Fr. Wilh.) 4 39½ à 59 bz.
Schlesische 3½ 86 G.	4 dito Prior 4 45 — —
Kur. u. Nennmark. 4 93½ G.	4 Oberschlesische A . . . 4 156 B.
Pommersche 4 93 B.	4 dito B. 3½ 143 B.
Preussische 4 92 B.	4 dito C. 3½ 139 à 139½ bz. u. B.
West. u. Rhein. 4 94½ G.	4 dito Prior 4 90½ B.
Sächsische 4 95½ B.	4 dito Prior 4 78½ bz.
Friedrichs-d'or 4 113½ bz.	4 dito Prior 4 59 G.
Louis-d'or 110 bz.	4 dito Prior 4 76½ etw. bz.
Baden 35 Fl. . . . 29 B.	4 Prinz-Wilh. (St.-V.) 4 69 etw. bz. u. B.
	4 dito Prior 5 100 bz.
	4 dito Prior 5 109 bz.
	4 Rheinische 4 112½ B.
	4 dito (St.) Prior 4 112 G.
	4 dito Prior 4 — —
	4 dito v. St. gar. 3½ 80½ G.
	4 Bahrort-Crefeld 4 91 G.
	4 dito Prior 4 45 — —
	4 dito Prior 4 87 bz.
	4 Stargard-Posen 3½ 106½ bz.
	4 dito Prior 4 142½ B.
	4 Thüringer 4 133 bz.
	4 dito Prior 4 100½ bz.
	4 dito III. Em. 4 100½ bz.
	4 Pol. Oblig. à 500 Fl. 4 86 B.
	4 dito à 300 Fl. 4 93½ G.
	4 dito à 200 Fl. 4 21½ B.
	4 Kurhess. 40 Thlr. 4 39½ B.
	4 Baden 35 Fl. . . . 29 B.

Ausländische Fonds.

Oesterr. Metall. . . . 5 79½ bz.	4 128 B.
dito 54er Pr.-Anl. 4 105 bz.	4 115½ G.
dito Nat.-Anleihe 5 81½ u. 1/8 bz. u. G.	4 134½ bz. u. G.
Russ.-engl. Anleihe 5 104½ G.	4 129 bz.
dito 5. Anleihe . . . 5 100½ G.	4 — —
dito pol. Sch.-Obl. 4 82½ G.	4 — —
Pol. Pfandbriefe	4 — —
dito III. Em. 4 91½ B.	4 — —
Pol. Oblig. à 500 Fl. 4 86 B.	4 — —
dito à 300 Fl. 4 93½ G.	4 — —
dito à 200 Fl. 4 21½ B.	4 — —
Franz. 40 Thlr. 4 39½ B.	4 — —
Baden 35 Fl. . . . 29 B.	4 — —

Preuss. und ausl. Bank-Actionen.

Preuss. Bank-Anth. 4 128 B.	4 128 B.
Berl. Kassen-Verein 4 115½ G.	4 115½ G.
Braunschweiger Bank 4 134½ bz. u. G.	4 134½ bz. u. G.
Weimarerische Bank 4 129 bz.	4 — —
Rostocker 4 — —	4 — —
Geraer 4 106½ à 1/2 bz.	4 — —
Tiroler 4 100½ bz.	4 — —
Hamb. Nord. Bank 4 97 à 97½ bz.	4 — —
Vereins-Bank 4 100½ à 101 bz. u. B.	4 — —
Hannover-scho. . . . 4 113 G.	4 — —
Bremer 4 116 etw. G.	4 — —
Luxemburger 4 98½ G.	4 — —
Darmstädter Zettelb. 4 107 bz.	4 — —
Darmst. Credit-Act. 4 123½ à 124½ à 123½ bz.	4 — —
Leipzig. Credit-Act. 4 94½ bz. u. G.	4 — —
Münchner 4 96 à 96½ bz.	4 — —
Coburger 4 90 B.	4 — —
Dessauer 4 97½ à 1/2 bz.	4 — —
Moldauer 4 106½ etw. bz. u. G.	4 — —
Oesterreich. . . . 4 142½ à 143½ à 143 bz.	4 — —
Genfer 4 83 B.	4 — —
Disc.-Comm.-Anth. 4 117½ à 117½ bz.	4 — —
Berliner Handels-Ges. 4 100 B.	4 — —
" Bank-Verein 4 99½ G.	4 — —
Preuss. Handels-Ges. 4 96½ u. 96 bz.	4 — —
Schles. Bank-Verein 4 96½ G.	4 — —
Minerva-Bergv.-Act 3 95½ B.	4 — —
Berl. Waar.-Cred.-G. 4 106 B.	4 — —

* Der Erscheinungstag der jungen Diskonto-Commandit-Antheile ist auf heute festgesetzt.

Berlin. 23. Januar. Die Charakter der Börse war heute infosofern verändert, als das Geschäft sich mehr von den Eisenbahnen und sich wieder mit stärkerer Energie den Bau- und Kreditpapieren zuwandte. Die Stimmung war lebhafter als gestern, die Kauflust zeitweise außerordentlich rege, und nur gegen den Schluß hielt matter.

Unter den Bankpapieren traten heute die Diskonto-Kommandit-Antheile wieder als vorwiegendes Objekt der Spekulation auf. Es wurden nicht nur die älteren Anteile in sehr beträchtlichen Posten gehandelt und ihre Kurs durch starke Nachfrage um 1 p. Et. über den gestrigen festgesetzt, auch die jungen Anteile, deren Erscheinungstag auf heute festgesetzt ist, kamen in den lebhaften Verkehr und zeigte die Spekulation für diese beinahe ein größeres Interesse als für die älteren. Man bezahlte sie mit den lebhaften zu gleichem Preise, also 2 p. Et. über den Emissions-Kurs, und behauptete sie ihren Stand fest, während die alten zum Schluß ½ p. Et. billiger zu haben waren. Auch 1856er Kupons der Diskonto-Kommandit-Antheile kamen in Handel und wurden zu 10½ — 10% Thlr. bezahlt. Darmstädter begegneten wiederum einer kühleren Aufnahme. Durch die Verhandlungen, zumal die auffällige, um nicht zu sagen verächtliche, Zurückhaltung der Verwaltung gegenüber den Anfragen, welche die Aktionäre an sie richteten, kann der ungünstige Eindruck, der auf der Bewegung dieser Aktien seit dem Bekanntwerden der Details über die neue Emission lastet, nur verstärkt werden. Die dessauer Kreditbank anke-Aktien verkehrten unter den größten Schwankungen, je nachdem die Referenzen, welche die anhaltische Agiotage sich neuerdings in der dessauer Prämiens-anleihe zu schaffen gehmest hat, mit größerem oder geringerem Success assistierte. Man scheint in Dessau der Meinung zu sein, daß die Kreditaktien noch nicht genügend den Charakter eines Spielpapiers haben, und hat deshalb wohl das Bedürfnis gefühlt, die hiesigen Börse ein weniger zweideutiges Lotto in dieser Prämiens-Anleihe darzubieten. Hoffentlich wird die Börse die herben Erfahrungen der letzten Zeit nicht umsonst gemacht haben wollen. Von den übrigen Bankpapieren nennen wir nur noch die Berlin. Bank- & Vereins- und Handelsgesellschafts-Anteile, die sich heute in dem Briefcourse zu Paris fusionierten. Rostocker Bank-Aktien werden seit einigen Tagen lebhafter in den Verkehr gezogen und sind seit vorgestern um 3 p. Et. gestiegen. Preuss. Bankanteile wurden ½ p. Et. über dem gestrigen Course offert, fanden aber dazu keine Nehmer. Schlesische Bankvereine hob sich in bemerkenswerther Weise um ½ p. Et. schloß aber nur ½ höher.

In den Eisenbahn-Aktien war der Gang des Geschäfts, wie bereits erwähnt, matter und rückgängig, die namhaftesten Actien blieben zu dem gestrigen Course offert. Eine nennenswerte Besserung ihres Courses um 1½ p. Et., dagegen drückte sich die freiwillige Anleihe um ¼, die 53er war zum gestrigen Goldcourse zu haben, die Prämien-Anleihe wurde zwar anfänglich ½ höher bezahlt, drückte sich aber um ¼ p. Et. höher als gestern zu notieren sind. Von Löbau-Zittau wurde Einiges zu 63 gesucht. Namhaftere Herstellungsfirmen erfuhren Freiberger, die sich um ½ p. Et. drückten, Bergisch-Märkische, die anfänglich ¼, später ½ p. Et. wichen, Hamburger, die 1 p. Et. niedriger gehandelt wurden. Stettiner waren ¼, Thüringer ½ billiger zu haben. Werbacher waren gleichfalls matter als gestern, Nordbahn bei weitem weniger im Verkehr, Mecklenburger kaum genannt.